



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Pressekonferenz:

Bürgerversicherung contra Kopfpauschale - das Gesundheitswesen vor dem Systemwechsel, Hannover, 10. Februar 2005

Statement Hartmut Meine

Bezirksleitung IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Heute bezieht die IG Metall im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Position zur zukünftigen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Auftakt der IG Metall in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ist die heutige Konferenz mit über 130 Betriebsräten, aber auch bemerkenswert vielen Gästen aus Verbänden, Krankenkassen und der Landespolitik.

Die IG Metall steht für eine solidarische Gesundheitsreform.

Anders als vielfach behauptet, ist das bestehende Gesundheitswesen auch in Zukunft finanzierbar. Dazu muss das System nicht nur auf eine solidere, sondern auch auf eine gerechtere Grundlage gestellt werden.

Daraus leiten wir konkrete Anforderungen an die Reform der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung ab.

Ich nenne die wichtigsten Anforderungen:

1. Die paritätische Beitragsfinanzierung muss bestehen bleiben. Arbeitnehmer und Arbeitgeber tragen wie bisher hälftig zur Finanzierung der Krankenversicherung bei.
2. Wir brauchen mehr Solidarität in der Finanzierung durch eine Verbreiterung der Beitragsgrundlage.

Es ist nicht einzusehen, dass ein Arbeitnehmer volle Beiträge auf sein Arbeitsentgelt entrichtet, während die Zinseinkünfte eines anderen für die Finanzierung der Krankenversicherung unberücksichtigt bleiben. Deshalb fordern wir die Berücksichtigung von Kapitaleinkünften bei der Finanzierung der Krankenversicherung.

Zum Zweiten sollen nach unserer Auffassung alle Erwerbstätigen, also auch Beamte, Besserverdienende, Selbständige und Freiberufler in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen werden.

Eine weitere Verlagerung der Lasten auf Versicherte und Patienten und die weitere Ausgrenzung von Leistungen aus dem Katalog der Krankenversicherung lehnen wir entschieden ab.

Im Streit um den richtigen Lösungsweg – Bürgerversicherung oder Kopfpauschale – unterstützt die IG Metall ausdrücklich das SPD-Modell der Bürgerversicherung. Und das mit guten Gründen. Ich möchte mich auch hier nur auf einige wenige Punkte beschränken.

1. Der Lösungsvorschlag einer Gesundheitsprämie der Arbeitgeber sieht die Abkehr vom Prinzip der hälftigen Finanzierung vor. Ähnlich sieht es auch das etwas abgemilderte Prämienmodell von CDU und CSU vor.

Damit wollen sich CDU/ CSU und Arbeitgeber aus der solidarischen, paritätischen Beitragsfinanzierung verabschieden. Dieser Ausstieg aus einem elementaren Prinzip kommt für die IG Metall nicht in Frage.

2. Die Teilung des Gesundheitssystems in einen gesetzlichen und einen privilegierten privaten Bereich ist nicht mehr zeitgemäß. Diese Zweiteilung steht einer nachhaltigen und gerechten Verbesserung der Finanzierungsgrundlage im Wege. Die Trennung muss deshalb aufgehoben werden.

3. Bei der Finanzierung dürfen wir die Arbeitgeber nicht aus der Pflicht entlassen. Darüber hinaus tragen die Arbeitgeber in besonderer Weise Verantwortung für die Gesundheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Kosten in Milliardenhöhe entstehen den Krankenkassen durch arbeitsbedingte Erkrankungen. Hier sind Arbeitgeber mehr als bisher gefordert, für die gesundheitsgerechte Gestaltung der Arbeitswelt zu sorgen.

Die IG Metall fordert die Arbeitgeber in der Metallindustrie zu verstärkten Anstrengungen mit dem Ziel der Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Prävention in den Betrieben auf.

4. Die Unionsparteien müssen zur Kenntnis nehmen, dass deren Konzept einer „Gesundheitsprämie“ weder solidarisch ist, noch einen ernst zu nehmenden Lösungsansatz aufzeigt. Das CDU/CSU-Modell ist nichts anderes als der Versuch zur neuerlichen Umverteilung von unten nach oben und ein bürokratisches Ungetüm. Hinzu kommen ungeklärte Fragen der Finanzierung des Sozialausgleiches.

Die IG Metall fordert die Union auf, wieder auf den Weg der sozialpolitischen Vernunft zurückzukehren und ihr Modell fallen zu lassen.

Gern hätten wir auch einen Vertreter oder eine Vertreterin aus den Reihen der CDU auf unserer Tagung begrüßt. Dazu haben wir bei der Landesregierung angefragt.

Trotz intensiver Bemühungen und vielfältiger Terminangebote sah sich die von uns eingeladene Sozialministerin Ursula von der Leyen nicht in der Lage, hier und heute ihre gesundheitspolitische Position darzustellen. Das ist mehr als bedauerlich. Wir hoffen nicht, dass dies ein Zeichen dafür ist, dass die Ministerin vor einer Diskussion mit und bei der IG Metall über die Zukunft der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung kneift.

5. Die politische Auseinandersetzung um die Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung wird 2006 ihren Höhepunkt erreichen.

Vorentscheidungen fallen jedoch schon in der Zeit vor der Bundestagswahl.

Einer der Knackpunkte im SPD-Konzept ist die Frage, auf welche Art Kapitaleinkommen als zweite Säule einbezogen werden. Die IG Metall befürwortet das Lösungsmodell einer Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte.

Wir erwarten von der SPD, dass sich die Partei mit ganzer Kraft und mit aller Entschiedenheit für das Modell der Bürgerversicherung einsetzt und nicht einknickt.

Die Bürgerversicherung darf nicht das gleiche Schicksal erleiden, wie die Ausbildungsplatzabgabe. Wir erwarten ausdrücklich, dass sich die SPD dabei für eine Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge entscheidet. Eine erste mit Spannung erwartete Vorentscheidung steht innerhalb der SPD schon auf dem Parteitag im Herbst an.

Wir werden uns auch weiterhin mit dem Thema „Bürgerversicherung contra Kopfpauschale“ beschäftigen.

Schließlich werden wir die Diskussion über eine gerechte und solide Reform der gesetzlichen Krankenversicherung auch stärker an die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben herantragen. Wir wollen auch Arbeitgeber konkret in den Betrieben mit der Frage konfrontieren, wie sie zum BDA-Konzept einer Gesundheitsprämie und dem darin vorgesehen Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung stehen.